



Ronald Schminke MdL  
28. August 2013 | Erste Beratung | Ronald Schminke zu:

## **Missbrauch von Werkverträgen bekämpfen!**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen -  
[Drucksache 17/464](#)

### **Ronald Schminke, SPD**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Jahrelange scharfe Proteste haben dafür gesorgt, dass die übelsten Formen des Lohndumpings in der Leiharbeit heute besser bekämpft werden können. Es läuft noch nicht alles sauber, aber Branchenzuschläge und Übernahmegarantien wirken. Zumindest das haben wir schon geschafft.

Aber damit sind die Probleme noch nicht vom Tisch. Die Werkvertragsarbeit man sollte besser von „Scheinwerkverträgen“ reden wird den betroffenen Arbeitnehmern das Leben weiterhin schwer machen. Darum müssen wir heute erneut mit Ihnen reden und Ihnen das Nötige ins Stammbuch schreiben. Denn Sie sitzen heute auch deshalb auf den Oppositionsbänken, weil Sie in der Vergangenheit diese Zustände gar nicht zur Kenntnis genommen haben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, zunächst möchte ich jedoch etwas klarstellen: Wir haben grundsätzlich nichts gegen Werkverträge einzuwenden, wenn bei der Leistungserbringung und der Bezahlung der eingesetzten Arbeitnehmer eine klare und saubere Abgrenzung zum Auftraggeber erfolgt. Denn das Einkaufen einer Leistung ist ja nicht verboten. So viel vorweg.

Problematisch wird es aber, wenn keine klare Abgrenzung stattfindet und die Leistung im Werk des Auftraggebers stattfindet, wenn Maschinen- und Materialeinsatz nicht getrennt werden, wenn die Weisungen direkt vom Auftraggeber kommen, wenn also geltendes Recht ausgehebelt wird. Dann haben wir es mit klassischen Scheinwerkverträgen zu tun. Dagegen müssen wir, meine Damen und Herren, mit aller Härte zu Felde ziehen.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte Ihnen gerne einmal eine persönliche Erfahrung aus dem Baugewerbe schildern. Denn da sind Werkverträge ein besonderes Problem, auch heute noch.

Beim Bau der JVA Rosdorf bei Göttingen wurden Arbeitnehmer aus Polen eingesetzt. Die Leute waren in furchtbar engen Containern unterbracht - immer sechs Personen in einem Container. In diesen Containern waren notdürftig Dachlatten angenagelt, an denen die nasse Wäsche getrocknet werden konnte. Gekocht wurde draußen: Nach 12 bis 14 Stunden knochenharter Arbeit mussten sich die Männer jeden Abend auch noch selbst ihr Essen kochen. Die Arbeiter bekamen 3,80 Euro für jede Arbeitsstunde. Und selbst von diesem wenigen Geld wurde bei der Barauszahlung vom Arbeitgeber ein erheblicher Anteil einbehalten. Den Leuten war versprochen worden, dass sie alle vier Wochen eine Heimreise machen können, aber sie mussten erst sechs Monate lang arbeiten, bis das Zugesagte zum ersten Mal Realität wurde.

Wenn die Stimmung bei den Arbeitern schlechter wurde, hat der Arbeitgeber ein Fest veranstaltet, auf dem es viel Wodka gab. Dafür wurden sogar polnische Prostituierte angeheuert. Die Kosten für dieses Fest und für die Damen wurden den Leuten von ihrem Verdienst abgezogen, genauso wie die Kosten für den engen Wohncontainer und die unglaublich schlechten Toiletten- und Waschanlagen. Die Leute waren menschenunwürdig kaserniert.

Das ist kein Einzelfall; so etwas ereignet sich auf vielen Baustellen in der gesamten Bundesrepublik. Ich habe damals mit eigenen Augen gesehen, dass die Arbeiter bei sengender Hitze Wasser aus einem alten Bauschlauch getrunken haben. Das Schicksal dieser ausgebeuteten Menschen hat mich betroffen gemacht. Aber noch viel mehr hat es mich beschämt, dass auf dieser Landesbaustelle viele Architekten, Ingenieure, Bauleiter, Arbeitgeber bei anderen Gewerken ein- und ausgegangen sind, ohne diese menschenunwürdigen Zustände wahrzunehmen. Man hätte diese Zustände aber wahrnehmen können und sie der FKS, der Finanzkontrolle Schwarzarbeit, oder dem Hauptzollamt melden müssen. Diese Gleichgültigkeit, meine Damen und Herren, gibt es heute zum Teil auch in der Fleischindustrie. Auch dort gibt es eine Kultur des Wegschauens. Anders kann man das nicht sagen. Das ist ein Skandal, meine Damen und Herren! Deshalb müssen wir da ran und ganz schnell etwas ändern.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Herr Thümler, darum ist der Missbrauch von Werkverträgen auch kein Kavaliersdelikt. Das ist oft Ausbeutung pur, gut organisierte Lohndrückerei, Sozialdumping, Steuerhinterziehung, Sozialversicherungsbetrug. Das muss schnellstens beendet werden. Darum geht es.

Nun wieder zu Ihnen, verehrte Oppositionsbänker: Wenn Sie ernsthaft solche Zustände und insbesondere auch die Zustände in der Fleischindustrie dort, wo Sie noch Mehrheiten haben und bisher die Zustände vor Ihrer Haustür nicht bemerken konnten oder wollten, abstellen wollen, dann sollten Sie nicht hier irgendwelche Placebo-Anträge stellen und einbringen, sondern die Bundesratsinitiative dieser Landesregierung unterstützen. Denn diese Initiative ist zielführend, meine Damen und Herren,

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

weil wir z. B. geeignete Änderungen im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz fordern, weil wir die Mitbestimmung der Betriebsräte ausweiten wollen bisher waren die Betriebsräte nämlich so gut wie überhaupt nicht beteiligt, weil wir eine Meldepflicht für Werkvertragsbeschäftigte einführen wollen und den Nachweis der Sozial- und Krankenversicherung einfordern und weil wir die Generalunternehmerhaftung ausweiten wollen bis zur Durchgriffshaftung, um ausstehende Löhne einklagen und durchsetzen zu können. Dafür stehen wir!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Dafür setzen sich insbesondere auch unser Ministerpräsident und die gesamte Landesregierung ein. Sie können gerne mit dazu beitragen und dabei mitmachen. Rufen Sie die Fleischindustrie zur Ordnung! Die muss jetzt den Hebel umlegen. Wir erwarten Mitarbeit. Daran mangelt es meiner Meinung nach erheblich. Die Caritas hatte zu einem Runden Tisch eingeladen. Von 16 eingeladenen Arbeitgebern ist lediglich einer gekommen. Das ist nicht in Ordnung, und das beklagen wir. Da muss sich etwas ändern. Rufen Sie die Fleischbarone zur Ordnung, meine Damen und Herren der Opposition! Es sind doch Ihre Nachbarn.

Viele Unternehmen spalten über Outsourcing ganze Belegschaften und benutzen die ausgelagerten eigenen Firmen als Schmutzkonkurrenz mit Lohndrückerfunktion gegen die Stammbesellschaft. Die Kernbelegschaften werden an den Rand gedrängt, und es entsteht eine Dreiklassengesellschaft: die Stammbesellschaft mit allen Tarifansprüchen, Leiharbeiter mit Branchenzuschlägen und Werkvertragsarbeiter ohne tarifliche Ansprüche, ohne

Weihnachtsgeld, ohne zusätzliches Urlaubsgeld und ohne sonstige Teilleistungen. Dabei werden die Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte schändlich ignoriert. Auch das werden wir nicht mehr hinnehmen. Wir wollen, dass die Betriebsräte zukünftig echte Mitbestimmungsrechte haben. Ohne Zustimmung des Betriebsrats darf es keine Werkvertragsarbeit und auch keine Leiharbeit im Unternehmen geben. Das ist unsere Position.

Daran kann sich der Hauptgeschäftsführer der Unternehmerverbände Niedersachsen, Volker Müller, der sich heute Morgen zu Wort gemeldet und Alarm geschlagen hat, einmal machen; denn da gibt es viel zu tun. Unternehmensberater sind nämlich unterwegs und zeigen in Seminaren den Arbeitgebern auf, mit welchen Tricks Lohndrückerei über Outsourcing am besten zu organisieren ist. Darum sollte sich der Hauptgeschäftsführer besser einmal kümmern; denn das verstößt gegen alle guten Sitten. Es hat mit Sozialpartnerschaft nichts mehr zu tun. Solche Strategien müssen wir mit verbesserten Rechten der Betriebsräte beantworten, meine lieben Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir haben auch die Verbesserung der Lebensverhältnisse von Bulgaren und Rumänen demnächst gilt für ihre Heimatländer die volle Freizügigkeit auf unserer Agenda. Es wäre schön, wenn wir ebenfalls von der Bundesregierung hier Taten sehen würden.

Wir fordern mehr Kontrollen, vor allem in den Problembereichen: in Schlachthöfen und Zerlegebetrieben, in der Getränkeindustrie, in Molkereien, in Großbäckereien, in der Logistikbranche, im Großhandel und bei sogenannten Regaleinräumern im Einzelhandel. Die Finanzkontrolle Schwarzarbeit ist völlig unterbesetzt. Ihr fehlt Personal. Sonst könnten wir wesentlich effektiver zu Werke gehen und die sogenannten Freelancer Stichwort „Scheinverträge“ hochnehmen und ihnen Sanktionen verpassen. Dann könnte man darauf antworten und ihnen das Handwerk legen. Genau das ist nötig, meine Damen und Herren. In diese Richtung geht unser Antrag.

Vielen Dank für Ihr Gehör.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)